

Dialog als wirkungsloser Selbstzweck

Zwischen 1986 und 1989 nahm eine ökumenische Kirchendelegation Gespräche mit der Schweizerischen Bankiervereinigung über das Südafrika-Engagement der Banken auf. Die von der Anti-Apartheid-Bewegung von Anfang an kritisierten «Bankengespräche» verfolgten das Ziel, die Banken mit ethischen Argumenten zu einem Rückzug aus dem Südafrika-Geschäft zu bewegen.

Diese Bankengespräche sind Gegenstand einer vom Kirchenbund in Auftrag gegebenen Studie, die seit kurzem vorliegt.¹ Die Studie belegt, dass die kirchliche Delegation nach allen Regeln der Kunst über den Tisch gezogen wurde. Während den insgesamt fünf Gesprächen gelang es der Kirchendelegation nicht, die vorbereitete Argumentation darzulegen, sondern sie liess sich von den Banken belehren und übernahm, zum Teil unhinterfragt, deren legitimatorische Darlegungen. Unverständlicherweise verzichtet der Autor der Studie darauf, aus den eingesehenen Texten zu zitieren – was die Überprüfung der nicht öffentlich zugänglichen Quellen verunmöglicht. Wie die Kampagne für Entschuldung und Entschädigung im Südlichen Afrika (keesa) in einem Pressecommuniqué festhält, dienten die Bankengespräche «den Banken als zu diesem Zeitpunkt dringend notwendige und daher höchst willkommene Imagepflege». Nachdem die Banken im Oktober 1989 ein weiteres Umschuldungsabkommen mit Südafrika abgeschlossen hatten, ohne dies den Kirchen mitzuteilen, wurden die Gespräche abgebrochen.

In Südafrika löste ein gemeinsames Communiqué von Kirchen- und Bankendelegation, in dem von einem in Südafrika angeblich stattfindenden «Reformprozess» die Rede war, grosse Empörung aus. Der Generalsekretär des südafrikanischen Kirchenbundes, Beyers Naudé, schrieb dem Hilfswerk der Evangelischen Kirchen HEKS am 19.8.1988, diese Stellungnahme bedeute für ihn einen schweren Schlag, da die beiden Kirchen offensichtlich nicht bereit seien «für die Wahrheit einzutreten», sondern eher «Lüge, Betrug und Mord tolerieren, wenn nicht gar unterstützen.» Er könne sich des Eindrucks nicht erwehren, dass dabei wirtschaftliche Interessen der Schweiz eine entscheidende Rolle spielten.

Zeitgenössische OpponentInnen der kirchlichen Politik gegenüber Südafrika hatten wiederholt die Geringschätzung kritisiert, mit der die schweizerischen Kirchen die Forderungen der südafrikanischen Partnerkirchen übergingen. Die Haltung gegenüber der Apartheid wurde helvetozentrisch primär als innerschweizerischer Konflikt behandelt. Die Studie zu den Bankengesprächen wiederholt diese Praxis, indem der Stimme der südafrikanischen Partner ebenfalls kaum Raum zugestanden wird.

Das Scheitern der Bankengespräche lag auch in der ambivalenten Haltung des evangelischen Kirchenrates und der katholischen Bischofskonferenz begründet, die sich weigerten, ihrer Gesprächsdelegation mit konkreten Forderungen und der Androhung von Konsequenzen (zum Beispiel Kontenrückzug) den Rücken zu stärken. Zudem hatte sich der Kirchenrat vom 1969 verabschiedeten Antirassismusprogramm des Ökumenischen Rats der Kirchen distanziert und stattdessen Vermittlung und Dialog zu seinem Programm gemacht. In diesem Kontext lieferten die Gespräche dem Kirchenrat gegenüber kircheninternen KritikerInnen eine willkommene Begründung, weshalb er in Bezug auf die Apartheid untätig blieb.

Abschliessend bleibt kritisch anzumerken, dass der Autor zwar die persönlichen Beziehungen zwischen den schweizerischen Hilfswerken und dem südafrikanischen kirchlichen Widerstand thematisiert, nicht aber die zweifellos vorhandene Einflussnahme von Banken und Wirtschaft auf die Kirchen.

Barbara Müller

¹ Christoph Weber-Berg: Salz der Erde oder Spiegel der Gesellschaft? – Studie betreffend die Haltung des SEK im Kontext der «Bankengespräche» zum Thema Apartheid in den Jahren 1986-1989, SEK-Publikation, Bern 2004